



HESSISCHER LANDTAG

15. 05. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Lehrkräfte am Limit - Landesregierung muss ihrer Fürsorgepflicht endlich nachkommen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Wiederherstellung eines vertrauensvollen und wertschätzenden Umgangs zwischen Kultusministerium, Schulämtern und Schulen.
2. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass sich zahlreiche Lehrkräfte aufgrund der stark gewachsenen Zahl an dienstlichen Aufgaben und deren Umfang nicht mehr in der Lage sehen, ihre Arbeit vollständig und in qualitativ angemessener Weise und in der erforderlichen Sorgfalt auszuführen. Unterrichtsqualität, Betreuung, Beurteilung und Aufsicht sind aus Sicht des Landtags gefährdet.
3. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung weder eine aufrichtige Sorge um ihre Bediensteten noch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Problemfeld der Arbeitsüberlastung an Schulen erkennen lässt. Zudem hat der derzeitige Kultusminister keine Ahnung, wie sich der Krankenstand seiner mehr als 60.000 Lehrkräfte entwickelt. Diese Daten sind aus Sicht des Landtags wichtig, um effektiv gegen Überlastung vorzugehen.
4. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung auf den in zahlreichen Überlastungsanzeigen dargestellten Sachverhalt nicht angemessen reagiert und, sofern überhaupt eine Reaktion erfolgt, anstatt auf die individuell dargestellten Belastungen einzugehen, auf statistische Zahlen und landesweite Durchschnittswerte verweist. Ständig sich wiederholende Hinweise auf die Bemühungen der Landesregierung, ohne die einzelne Schule in den Blick zu nehmen, sind aus Sicht des Landtags unzureichend.
5. Der Landtag spricht den beteiligten Lehrkräften, die über ihre Personalaräte auf die nicht weiter tragbaren Überlastungssituationen an hessischen Schulen hinweisen und ihre eigene Gesundheit gefährdet sehen, Dank und Anerkennung für ihre Arbeit aus.
6. Der Landtag kritisiert, dass Schulen immer mehr Aufgaben zugewiesen wurden und werden, ohne Sorge zu tragen, dass diese durch die Bereitstellung von ausreichend qualifiziertem Personal erfüllt werden können. Derzeit gilt: Das Kultusministerium formuliert Verordnungen und Erlasse, die Schule ist dann in der Pflicht und die Lehrpersonen am Anschlag und am Limit.
7. Die aktuellen Überlastungssituationen werden aus Sicht des Landtags durch den derzeitigen Lehrkräftemangel an vielen Schulen noch massiv verschärft. Erhöhter Vertretungsbedarf sowie die Beschäftigung von Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung führen zu zusätzlichen Belastungen des Kollegiums. Der Landtag fordert die Schaffung von an Schulen angebundenen Vertretungsreserven für alle Schulformen.
8. Der Landtag stellt fest, dass Schulleitungen ebenfalls in zunehmendem Maße von Überlastungen betroffen sind. Für einen Großteil der Schulleiterinnen und Schulleiter reicht die zur Verfügung stehende Leitungszeit nicht für eine adäquate Leitung der jeweiligen Schule aus.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Überlastungsanzeigen ernst zu nehmen, auf die Vorschläge der Lehrkräfte einzugehen und den hessischen Lehrkräften Perspektiven aufzuzeigen, wie bessere Lehr- und Lernbedingungen an den jeweiligen Schulen konkret geschaffen werden können.

10. Der Landtag spricht sich für die Durchführung einer hessischen Arbeitszeitstudie von Lehrkräften aus, wie auch für die Einführung eines schulischen Gesundheitsmanagementplans inklusive einer anonymen Erhebung der Krankheitstage von Lehrkräften.
11. Der Landtag bedauert den Rückzug des Landes aus der Schulsozialarbeit und stellt fest, dass der Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften, die mit einer halben bis ganzen Stelle pro Schule zum Einsatz kommen, keineswegs ausreicht, um den vielfältigen schulischen und außerschulischen Herausforderungen im Jahr 2018 zu begegnen. Deshalb sind aus Sicht des Landtags zusätzliche Anstrengungen zum Ausbau von Schulsozialarbeit wie auch von echten Ganztagschulen wesentlich, um soziales Lernen zu stärken und Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung auch außerhalb des Unterrichts zu unterstützen.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Schulen verstärkt auf der Grundlage ihrer jeweiligen Schülerschaft personell auszustatten. Der bisherige Sozialindex ist hierzu nicht in der Lage.
13. Der Landtag fordert eine Verstetigung der Bemühungen, die Schulträger bei Schulsanierungen und Schulmodernisierungen zu unterstützen.
14. Der Landtag sieht eine regelmäßige Übertragung von tariflich ausgehandelten Lohnsteigerungen auf die Beamtinnen und Beamte des Landes als zwingend erforderlich an, um die Wertschätzung ihrer geleisteten Arbeit auch fiskalisch zu untermauern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. Mai 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel